

Csörgits: ÖIF-Studie bestätigt Reformbedarf bei Elternteilzeit

Utl.: Hürden beim Zugang müssen beseitigt werden =

Wien (ÖGB) - Eine Studie des Österreichischen Instituts für Familienforschung (ÖIF) bestätigt nun klar die Kritik der ÖGB-Frauen an der Elternteilzeit: Die Mehrheit der unselbstständig Beschäftigten erfüllt die Anspruchsvoraussetzungen für die Elternteilzeit nicht. "Die Elternteilzeit ist eine halbherzige Lösung, denn die Regierung hat absichtlich eine Reihe von Hürden für die Eltern eingebaut", sagt ÖGB-Frauenvorsitzende und Vizepräsidentin Renate Csörgits. Sie fordert raschest eine Reform der Elternteilzeit.++++

Nur knapp 33 Prozent der unselbstständige beschäftigten Frauen zwischen 20 und 44 Jahren und 50 Prozent der Männer zwischen 20 und 49 Jahren erfüllen die Anspruchsvoraussetzungen für die Elternteilzeit, zeigt die ÖIF-Studie. Denn nur wer seit mindestens drei Jahre im selben Betrieb arbeitet, hat Anspruch auf die Elternteilzeit. Zusätzlich müssen in dem Betrieb mindestens 21 ArbeitnehmerInnen beschäftigt sein. "Wir fordern die sofortige Beseitigung der Diskriminierung von ArbeitnehmerInnen in kleineren Betrieben und mit kürzerer Beschäftigungsdauer", verlangt Csörgits. Zudem sei nach wie vor ein echter Rechtsanspruch auf Teilzeit ausständig. Denn selbst wer die beiden "Eingangshürden" überspringt, ist nach geltender Rechtslage vom guten Willen des Arbeitgebers abhängig. "Wenn der blockiert, droht ein zeit- und kostenaufwändiges Verfahren mit ungewissem Ausgang", erklärt Csörgits.

Die ÖGB-Frauen sehen die Elternteilzeit als eine von vielen nötigen Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. "Teilzeit allein ist keine Lösung. Teilzeitarbeit ist zwar für eine kurze Zeit geeignet, um Kind und Beruf unter einen Hut zu bringen. Lange Teilzeitphasen sind aber negativ, denn Teilzeit ist meist mit einem niedrigen Einkommen verbunden und hat eine geringe Pension zurfolge", sagt Csörgits. Die ÖGB-Frauen verlangen deshalb weitere familienpolitische Maßnahmen, die Frauen die Erwerbstätigkeit erleichtern und eine partnerschaftliche Teilung der Betreuungsarbeit fördern. "Wir brauchen mehr Kinderbetreuungseinrichtungen und die Einführung eines Vaterschutzmonats", so Csörgits abschließend. (mfr)

2005

Nr. 19

~

Rückfragehinweis:

ÖGB Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Mag. Martina Fassler-Ristic

Tel.: (++43-1) 534 44/480 DW

Fax: (++43-1) 533 52 93

<http://www.oegb.at>

~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

~

OTS0068 2005-01-20/10:30

~

201030 Jän 05

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20050120_OTS0068